

Bewerbung auf Ihre Stellenausschreibung 0-815

Themen in dieser Ausgabe:

- Privatisierung ...!
- Staaten finanzieren ...!
- Europa geht anders!
- Die Parteien ...!
- Einkommen ...!
- Tariflöhne ...!
- Bedürftigkeit ...!
- Arbeitslose ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Privatisierung ist Diebstahl an der Öffentlichkeit	2
Staaten finanzieren statt Banken subventionieren	2
Europa geht anders!	2
Die Parteien sind Konzerne geworden	2
Kluft bei Einkommen wächst rasant	2
Tariflöhne und -Gehälter 2011: Trotz höherer Abschlüsse ein reales Minus	3
Hartz IV - Bedürftigkeit von Erwerbstätigen	3
Arbeitslose werden schneller arm	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

von Radovin Zips
Mit großem Interesse und noch größerer Begeisterung habe ich Ihre oben genannte Stellenausschreibung gelesen. Da ich alle Ihre Erwartungen in vollem Umfang erfülle, bewerbe ich mich um die ausgeschriebene Position, und auch – zugegeben – weil das Jobcenter das von mir verlangt. Da mir ihre Bedingungen bekannt sind und ich diese, wie ich schon schrieb, allesamt erfüllen kann, nenne ich Ihnen zunächst meine Bedingungen, bevor ich mich näher vorstelle.

Wie Sie diesem Schreiben bereits entnehmen konnten, gehöre ich zu den Langzeitarbeitslosen, die mittlerweile einen anderen Lebensrhythmus haben, als die arbeitende Bevölkerung. Selbstverständlich bin ich in der Lage, Ihnen meine Arbeitskraft sofort zur Verfügung zu stellen, erwarte allerdings, dass ich zu einer Zeit ins Büro kommen kann, in der ich meinen Rausch ausgeschlafen habe. Sollte das nicht möglich sein, müssen Sie in Kauf nehmen, dass meine Leistungen in den ersten fünf Arbeitsstunden gleich Null sind.

Da Sie von mir ehrlicherweise schon jetzt darauf hingewiesen wurden, sind spätere Abmahnungen oder andere mögliche Sanktionen rechtlich wirkungslos. Eine 36 Stunden-Woche, bezahlte Überstunden und einen meinem Alter angemessenen Urlaub von 45 Arbeitstagen setze ich voraus, ebenso stets freie Wochenenden und Feiertage. Nicht zu vergessen: Nacht und Schichtarbeit kommt für mich nicht in Betracht, es sei denn, diese wird mit 100 % Aufschlag vergütet, selbstverständlich Steuer und sozialabgabefrei, da es sich sonst nicht lohnt, sich die Nächte mit Arbeit um die Ohren zu schlagen.

Das gilt auch für unbezahlte Probeperioden/Wochen/Tage/ Monate, die ich aus diesem Grund ebenfalls nicht absolvieren werde. Schließlich bin ich nicht mehr in der Ausbildung und benötige ein Praktikum, sondern stelle Ihnen vom 1. Tag an mein komplettes Können, Wissen und meine Fähigkeiten zur Verfügung. Das

können Sie schließlich erwarten, ich erwarte dafür allerdings auch die entsprechende Vergütung. Damit bin ich dann auch schon beim wichtigsten Thema in der Arbeitswelt, die Bezahlung. Da ja allgemein bekannt ist, dass die hiesigen Arbeitgeber trotz Milliarden Gewinnen total verarmt sind und sich mit Dumpinglöhnen



über Wasser halten müssen, will ich auch keine hohen Ansprüche stellen. Ich habe mein Leben lang gelernt und mich trotz Langzeitarbeitslosigkeit auf den neuesten Stand der Technik gebracht, was ja, wie es immer heißt, einen besonderen Wert darstellt, der mir immerhin viel Zeit und auch Geld gekostet hat. Das sollte bei der Festlegung der Vergütung entsprechend berücksichtigt werden, denn in erster Linie sind Sie es, der davon profitiert. Für mich ist es rentabler, wenn ich mein Wissen und Können gar nicht zur Verfügung stelle, sollte es nicht entsprechend bezahlt werden. Sie werden mir Ihr Produkt auch nicht schenken, nur, weil es da ist und ich es benötige. Und Sonderausstattungen/-wünsche berechnen Sie mir ebenfalls.

Bei meinen Fähigkeiten, die Sie während einer Probezeit von sechs Wochen ausgiebig testen können, halte ich ein Nettoeinkommen von 2500 Euro für angemessen. Das entspricht in etwa dem, was ich bereits vor 30 Jahren bekommen habe, und das ohne die heute vorliegenden Zusatzausbildungen und Qualifikationen. Wegen der ständig gestiegenen Preise handelt es sich bei genauer Betrachtung um eine drastische Lohnkürzung, im Gegensatz zu anderen Berufen jedoch noch nicht um einen Sklavenlohn. Vergessen darf ich selbstverständlich auch nicht, als 13. Monatsgehalt einen vollen Monatslohn Urlaubsgeld und als 14. Monatsgehalt einen vollen Monatslohn Weihnachtsgeld zu erwarten.

Für außerbetriebliche Tätigkeiten sind mir ein geeignetes Mittelklassefahrzeug zur Verfügung zu stellen und entsprechende Spesen zu vergüten. Befristete Arbeitsverträge lehne ich prinzipiell ab, da sie mir keinerlei Sicherheit bieten. Wenn ich mir die Börsenberichte Ihrer Firma durchlese und sehe, welche Gewinne Sie einfahren: Das von mir erwartete Gehalt haben Sie locker in drei Tagen an Zinsen wieder drin. Wenn Sie der Meinung sind, Sie können das nicht bezahlen, frage ich Sie, warum Sie überhaupt noch produzieren? Sie können doch Ihr Geld viel ruhiger an der Börse vermehren und müssen sich mit solchen – in Ihren Augen unverschämten Arbeitnehmern wie mich nicht mehr herumärgern.

Zudem stelle ich fest, dass ich nirgends ein Gesetz gefunden habe welches aussagt, dass ich Ihnen als Sklave zu einem Hungerlohn zu dienen habe. Wenn Sie meine volle Leistung erwarten, müssen Sie auch dafür sorgen, dass ich mich entsprechend ernähren kann. Ihren Porsche bringen Sie schließlich auch nicht auf Touren, wenn Sie ihn aus Kostengründen nur mit Wasser betanken. Betrachten Sie meine Situation einmal aus dieser Sicht. Im Übrigen geht es mir als Langzeitarbeitsloser nicht sonderlich gut, es fehlt an allen Ecken und Enden.

Da erlaube ich mir die Frage: Warum soll es mir schlecht gehen, wenn ich arbeite, wo die gleiche Situation auch ohne Arbeit habe? Ich sehe darin keinen echten Sinn. Jetzt hoffe ich, dass Sie von meiner Bewerbung genauso begeistert sind wie ich von Ihrer Stellenausschreibung. Gern sehe ich dem Termin für ein persönliches Vorstellungsgespräch entgegen und freue mich, wenn Sie mich künftig als vollwertigen Mitarbeiter und nicht als Sklaven betrachten. Mit freundlichen Grüßen Sklave? Nein Danke!

Quelle: scharf-links.de



Privatisierung ist Diebstahl an der Öffentlichkeit

Die Dialektik von Staat und Privateigentum hat sich in einem historischen Moment herausgebildet, als nur das Privateigentum Schutz vor autoritären und allmächtigen Regierungen zu benötigen schien. Deshalb ist beispielsweise das "öffentliche Interesse am Schutz des Privateigentums" in den Verfassungen verankert, deshalb sind im demokratischen

Rechtsstaat durch den sogenannten Gesetzesvorbehalt Grundrechtseinschränkungen möglich (allerdings nicht in Form einzelner Verordnungen oder Verwaltungsakte), und deshalb existieren genaue Regeln für Entschädigungsfragen. Da sich mittlerweile das Kräfteverhältnis zwischen Staat und Privatsektor verschoben hat, braucht

auch das Gemeineigentum Schutz und langfristige Garantien. Doch die sind innerhalb des etablierten Rahmens, der die öffentlichen Aufgaben auf den Staat beschränkt, kaum vorstellbar. Der liberale Schutz der Privatsphäre vor dem Staat reicht nicht mehr aus.

Quelle: *Le Monde diplomatique* – Januarausgabe



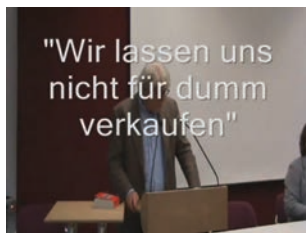
Staaten finanzieren statt Banken subventionieren

Statt die Profite der Banken zu subventionieren, sollte die Europäische Zentralbank lieber für eine zinsgünstige Finanzierung der Eurostaaten sorgen. Kredite über 489 Milliarden Euro für drei Jahre zu

einem Zinssatz von derzeit einem Prozent – von solchen Konditionen können die Eurostaaten nur träumen. Die Banken hingegen wissen mit diesem Geschenk der EZB nichts anzufangen", kommentiert

Sahra Wagenknecht aktuelle Meldungen, nach denen die Banken eine Rekordsumme von 482 Milliarden Euro bei der EZB parken, statt mit dem Geld die Wirtschaft anzukurbeln.

Quelle: *Sahra Wagenknecht*



Europa geht anders!

Heinz J. Bontrup – Der ökonomische Befund ist klar: Die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren – und als Folge die „Euro-Krise“ – ist durch eine neoliberale Umverteilung von Einkommen und Vermögen verursacht worden. Die Konsequenz: Überall verfielen die

Lohn-, stiegen die Profitquoten. Eine immer geringere Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, die einherging mit hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Armut, musste, um das kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten, durch Staatsnachfrage und

Sozialleistungen sowie durch Privatkredite kompensiert werden. So stiegen parallel sowohl hochkonzentrierte Vermögen als auch die Schulden nicht nur der öffentlichen Haushalte unaufhaltsam an. Quelle: *E&W Erziehung und Wissenschaft*



Die Parteien sind Konzerne geworden

Mathew D. Rose über die intime Verflechtung von Politik und Wirtschaft in der Berliner Republik. Seit der rot-grünen Bundesregierung hat sich nicht nur die politische Ausrichtung der Parteien in Richtung Wirtschaft verlagert – auch die Parteien selber

werden heutzutage wie Dienstleistungsunternehmen betrieben. Dies wird nicht nur durch die "Nebentätigkeiten" der Politiker und ihre hurtige Übernahme in die Wirtschaft betrieben, sondern auch über ein verdecktes Spendensystem, das

"Sponsoring" gewährleistet. Die investigative Journalist Mathew D. Rose hat dies in seinem Buch "Korrupt? Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern – und uns verkaufen" erstmals aufgezeigt.

Quelle: *Telepolis*

Kluft bei Einkommen wächst rasant

Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander. Das muss nicht so sein: Die OECD legt Vorschläge vor, wie die Politik soziale Ungleichheit bekämpfen und die Wirtschaft stärken kann.

In Deutschland seien die unteren

Einkommen besonders stark gesunken, berichtet Isabell Koske von der Wirtschaftsabteilung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der Lohn eines Geringverdieners ist demnach heute nur noch halb so hoch wie

der Lohn eines Beschäftigten mit mittlerem Einkommen. Eine größere Lohnkluft haben die Forscher nur noch in Südkorea und den USA entdeckt. In allen anderen der 25 untersuchten Industrieländer waren Geringverdiener nicht so weit abgehängt.

Quelle: *Frankfurter Rundschau*



Tariflöhne und -gehälter 2011: Trotz höherer Abschlüsse ein reales Minus

Die Tarifabschlüsse lagen im vergangenen Jahr deutlich über denen des Vorjahres. In einer Reihe von Branchen wurden 2011 Tarifsteigerungen von 3 Prozent und mehr vereinbart. Die Bedeutung der Pauschal- und Einmalzahlungen ging zurück, es wurden vermehrt dauerhafte Tarifierhebungen vereinbart. Rechnet man die Abschlüsse mit ihren unter-

schiedlichen Laufzeiten auf das Jahr um und berücksichtigt auch die länger laufenden Abschlüsse aus dem Vorjahr, dann ergibt sich insgesamt ein kalenderjährlicher Anstieg der nominalen Tariflöhne und -gehälter 2011 von durchschnittlich 2,0 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt die Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2011, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung heute vor-

legt. Die Spannweite reicht von 2,8 Prozent im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck bis zu 1,1 Prozent bei den Finanzdienstleistungen (siehe Grafik am Ende der Pressemeldung) ... Da sich die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr um 2,3 Prozent erhöhten, ergibt sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein realer Rückgang der Tariflöhne und -gehälter um 0,3 Prozent.

Quelle: WSI



Hartz IV – Bedürftigkeit von Erwerbstätigen

Gut zwei Milliarden Euro pro Jahr muss der Bund – nach Berechnungen des DGB – über Hartz IV jährlich aufwenden, um Geringverdienern mit Vollzeitjobs ein gesellschaftliches Existenzminimum zu garantieren. Der Staat subventioniert so auch Arbeitgeber, die Arbeitnehmer zu Hungerlöhnen beschäftigen. Rechnet man jene mit einem sozialversicherten Teilzeitjob hinzu, so kommt man auf etwa 4 Mrd. Euro Ausgaben im Hartz IV-System für Aufstocker mit sozialversichertem Job. Trotz (noch) steigender Beschäftigung und nomineller Lohnsteigerungen gab es Mitte 2011 570.000

Beschäftigte, die einen sozialversicherten Job ausübten und Sozialbeiträge zahlten, von ihrer Arbeit aber nicht leben konnten und auf Hartz IV angewiesen waren. Bundesweit waren dies 2,5 % aller sozialversichert Beschäftigten, die zu den Aufstockern zählen. Im Osten ist das Verarmungsrisiko Erwerbstätiger gut doppelt so hoch wie im Westen (4,5 % aller Beschäftigten im Osten gegenüber 2,0 % im Westen.). Von den Aufstockern mit sozialversichertem Job gingen rd. 330.000 einer Vollzeitbeschäftigung nach und knapp 240.000 übten sozialversicherte Teilzeit aus...

Neben den Aufstockern mit sozialversichertem Job gehen viele Hartz IV-Empfänger aber auch einer geringfügigen Beschäftigung nach oder sind selbständig. Bezieht man diesen Personenkreis mit ein, so erhöht sich die Zahl der erwerbstätigen Hartz IV-Bezieher auf 1,36 Mio. Mitte 2011. Gegenüber 2007 hat sich die Zahl aller erwerbstätigen Hilfeempfänger um gut 100.000 erhöht. Dies entspricht einem Anteil von 29 Prozent aller Hartz IV-Empfänger im erwerbstätigen Alter von 15 bis 64 Jahren.

Quelle: DGB arbeitsmarktaktuell



Arbeitslose werden schneller arm

Nirgends sonst in der EU ist das Armutsrisiko für Arbeitslose höher als in Deutschland. Die Gefährdungsquote liegt bei 70 Prozent. Jeder vierte neue Arbeitslose erhält direkt Hartz IV.

Auszug: "... Die Bundesregierung sieht trotz der hohen Zahl Erwerbsloser, die von Armut bedroht sind, keinen Anlass, die Dauer des Arbeitslosengeldes I zu verlängern. "Es gibt keine derartigen

Pläne in der Koalition", sagte Heike Helfer, eine Sprecherin des Bundesarbeitsministeriums, der taz. Hintergrund sind neue Zahlen der statistischen Behörde Eurostat. Demnach sind in Deutschland so viele Erwerbslose wie in keinem anderen europäischen Land von Armut bedroht. Hierzulande lag für sie die Armutsgefährdungsquote 2009 bei 70 Prozent. Mehr als sieben von zehn Arbeitslose waren also armutsgefährdet. Im Durch-

schnitt aller EU-Länder lag die Quote bei 45 Prozent. Als armutsgefährdet gilt laut Statistik, wer weniger als 60 Prozent des mittleren nationalen Einkommens zur Verfügung hat. In Deutschland sind das für einen Alleinstehenden 940 Euro monatlich. Die Armutsgefährdungsquote misst dabei nicht, wer in einem Länder-ranking am wenigsten hat, sondern wie viele Menschen pro Land, gemessen an den dortigen Einkommensverhältnissen, als arm gelten."

Quelle: taz.de



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Linkssympathisanten - politisch-kultureller Meinungs Austausch siehe unter www.dreieck-lisy.de oder info@dreieck-lisy.de
- **Ideen Werkstatt - Rheinfelder Montagsdemo** Am Montag, den 6.02.2012 um 18.30 Uhr im VfR Restaurant Rheinfelden - Karl-Fürstenberg-Str. 43, Jede Meinung und Anregung wird dankend aufgenommen ! Plakat auf der Webseite unter Termine.

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



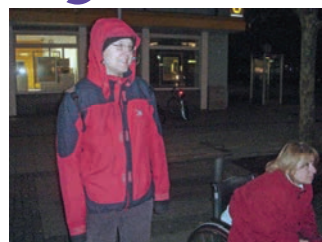
Der Auftakt 2012 ist erfolgt, die Themen sind immer noch brisant wie 2011. Der kämpferische Wille ist ungebrochen. Die politischen Themen sind immer die gleichen. Raubbau an unserer Gesellschaft und in anderen Ländern, ganz besonders in der Eurozone. Die Reichen werden immer reicher und die Armut trifft immer mehr Menschen von Jung bis Alt. Die Frage die wir uns

stellen: Warum ist der Protest immer noch so gering!. Was für eine Rolle spielen die Gewerkschaften in diesem Spiel! Die Löhne sinken seit Jahren real und die Gewerkschaften sind blass.

Die Politiker sind vielfältig korrupt und bestechlich und haben jede Bodenhaftung verloren. Die Me-



dien verdummen ihrerseits die Leser. Die Macht der Medien ist so gewaltig das viele Menschen so



gelähmt sind und nicht erkennen wie sie Ihrer Existenz beraubt werden. Wir Montagsdemonstranten werden unseren Beitrag leisten um auf die Schieflage in dieser Gesellschaft hinzuweisen. Firmen entlassen und machen dicht, das in ei-



ner angeblichen guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Oder ist das alles nur Manipulation der Medien! Billigjobs, Zeitarbeitsverträge und befristete Arbeitsverträge,



das sind die Jobs der Zukunft. Gewerkschafter wacht auf! Betriebsräte nehmt eure Interessen wahr! Wir Montagsdemonstranten kämpfen an eurer Seite. Auf zur Demo in Rheinfelden!